

## Stadtverwaltung will Tote und Grabbeigaben suchen

Rathaus folgt Vorstoß der AfD-Fraktion und schlägt Aufklärung eines dunklen Kapitels der alten Paulinerkirche vor

Jahrhundertlang hat Leipzig seine besonders verdienten Bürger unter der alten Paulinerkirche am Augustusplatz begraben – Professoren und ihre Familienangehörigen, Fürsten, Bürgermeister und das reiche Bürgertum. Doch kurz vor der Sprengung des Gotteshauses am 30. Mai 1968 wurden die Gebeine und die kostbaren Grabbeigaben weggebracht – ihr Schicksal ist bis heute ungeklärt (die LVZ berichtete). Die AfD-Fraktion hat deshalb vor einigen Wochen im Rat beantragt, das Stadtarchiv mit Nachforschungen zu beauftragen. Jetzt hat sich die Stadtverwaltung dieses Antrages angenommen und einen eigenen Verwaltungsstandpunkt dazu erarbeitet. Der sieht vor, „die Bestände des Stadtarchivs Leipzig und gegebenenfalls anderer städtischer Einrichtungen hinsichtlich des möglichen Vorhandenseins von Protokollen und anderer historischen Quellen zur Erfassung der geborgenen Toten und Grabbeigaben der Universitätskirche St. Pauli“ zu überprüfen. Auch „eventuellen Hinweisen zu deren Verbleib“ will die Verwaltung nachgehen und dem Stadtrat bis Ende 2019 einen Bericht vorlegen.

Der Aktenbestand sei erschlossen und wie alle Unterlagen aus der Zeit von 1945 bis 1990 durch das Bundesarchivgesetz für die wissenschaftliche Benutzung zugänglich, heißt es in der Begründung. Es würden lediglich Schutzfristen für personenbezogene Unterlagen gelten, und auch diese nur, wenn die Betroffenen nicht Träger eines öffentlichen Amtes und keine Personen der Zeitgeschichte waren, heißt es weiter. Weil das Stadtarchiv auf die Alte Messe umzieht, sei die Durchsicht dieses Bestandes zurzeit nicht möglich. Diese Akten würden aber nach dem Umzug geprüft. Parallel dazu will die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Historischen Seminar der Universität Leipzig eine „Qualifizierungsarbeit“ – also eine Master-Arbeit oder eine Promotion – zu diesem Thema vergeben. Ob es zu all dem kommt, entscheidet sich in der Ratssitzung am 22. August. Dort müsste eine Mehrheit für den Verwaltungsstandpunkt stimmen. Andreas Tappert